

## Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Seit März 2016 geht der Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie mutmaßlichen Verstößen und Missständen im Zusammenhang mit Kraftfahrzeug-Emissionsmessungen nach. Am 13. Juli 2016 nahm er seinen Zwischenbericht an, der im September 2016 im Plenum erörtert werden soll.

### Kontext

Am 18. September 2015 erhob die oberste Umweltschutzbehörde der USA, die Environmental Protection Agency (EPA), den Vorwurf, Volkswagen habe in einige seiner Dieselfahrzeuge illegale Software eingebaut, um den Ausstoß bestimmter Luftschadstoffe bei amtlichen Fahrzeugüberprüfungen zu verringern. In der Folge ist das Unternehmen mehrfach [verklagt](#) worden. Der Autohersteller hat [zugestimmt](#), den Behörden und den Besitzern von Dieselfahrzeugen in den USA 15,3 Mrd. USD (13,8 Mrd. EUR) zu zahlen, um den Schaden vor Ort zu begleichen. In Europa ist keine vergleichbare Einigung erzielt worden.

In mehreren Ländern weltweit sind Untersuchungen darüber eingeleitet worden, ob Fahrzeughersteller im Straßenverkehr – anders als unter Prüfbedingungen – die Grenzwerte für Kraftfahrzeugemissionen einhalten. [Untersuchungen](#) haben ergeben, dass die meisten Hersteller ihre Emissionsminderungstechnologien bei Temperaturen und unter Bedingungen, die nicht jenen bei der Überprüfung entsprechen, abschalten oder drosseln.

Das Europäische Parlament nahm im Oktober 2015 eine [Entschließung](#) zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie an und beschloss am 17. Dezember 2015, einen 45-köpfigen Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS) einzusetzen.

### Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS)

Unter dem Vorsitz von Kathleen Van Brempt (S&D, Belgien) soll der [EMIS-Ausschuss](#) mutmaßlichen Verstößen und Missständen im Zusammenhang mit Emissionsmessungen in der Automobilindustrie nachgehen. Gemäß seinem zwölf Monate dauernden Mandat gelten die Untersuchungen des Ausschusses in erster Linie der Einhaltung der nach der [Verordnung \(EG\) Nr. 715/2007](#) geltenden Verpflichtungen hinsichtlich der Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen durch die Kommission und die Behörden der Mitgliedstaaten. Zudem untersucht der Ausschuss, ob der Kommission oder den Mitgliedstaaten Belege für die Verwendung von Abschaltvorrichtungen vorliegen.

Seit er seine Arbeit am 2. März 2016 aufgenommen hat, hat der Ausschuss Sachverständige von Forschungseinrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen, Vertreter der Industrie und die Kommission angehört. Auch in den kommenden Monaten wird er ehemalige und aktuelle für Industrie und Umwelt zuständige Kommissionsmitglieder sowie Behörden der USA und der Mitgliedstaaten anhören. Darüber hinaus sieht der Arbeitsplan des Ausschusses zwei Informationsreisen, Aufforderungen zur Vorlage verschiedener Analysen und Unterlagen, Fragebögen und einen Aufruf zur Sondierung von Beweismaterial vor. Gemäß seinem Mandat sollte der Ausschuss nach Aufnahme seiner Arbeit binnen sechs Monaten einen Zwischenbericht und binnen zwölf Monaten einen Abschlussbericht annehmen.

### Zwischenbericht

Am 13. Juli 2016 hat der EMIS-Ausschuss den [Zwischenbericht](#) über seine Untersuchung einstimmig angenommen (Berichtersteller: Pablo Zalba Bidegain (PPE, Spanien) und Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE,



Niederlande)). Der Zwischenbericht ist seinem Wesen nach sachlich und methodisch. Mit ihm soll ein Überblick über das Arbeitsprogramm des EMIS-Ausschusses gegeben werden. Da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, werden in dem Bericht keine Schlüsse gezogen. Allerdings äußern sich die Berichtersteller eher kritisch über die Kommission und fordern sie auf, dem EMIS-Ausschuss „insbesondere durch zügigere Bereitstellung der angeforderten Unterlagen jede erdenkliche fachliche und politische Unterstützung zu leisten“.

Der Zwischenbericht wird um eine Begründung ergänzt, in der eine Übersicht über die Tätigkeiten des Ausschusses gegeben wird. Die Aussprache und die Abstimmung im Plenum sind für September 2016 geplant.